

## **Die Katze wacht über die Sahne...**

Empörend! Ausverkauf demokratischer Werte! Rechtsruck! Israel auf dem Weg in den Faschismus...

Über die Wahlergebnisse vom 1. November 2022, die anschließenden Koalitionsabkommen und die jetzt neue Regierung faßt man sich an den Kopf. Wie alles zu Israel werden sie intensivst in der internationalen Presse beobachtet und können als bekannt vorausgesetzt werden.

Vor allem ist die gegenwärtige Situation einfach peinlich:

Ein (wiederholt) wegen Veruntreuung und Steuerhinterziehung verurteilter Innenminister wird über eine eigens für ihn erlassene Gesetzesänderung erneut Innen- und jetzt auch Gesundheitsminister - mit einem gewaltigen Budget.

Die ideologische Speerspitze der Siedlerbewegung erhält innerhalb des Verteidigungsministeriums einen eigenen Minister, verantwortlich für die Zivile Verwaltung der von Israel kontrollierten palästinensischen Gebiete.

Ein verurteilter Hetzer und erklärter Araberfeind wird Minister für innere Sicherheit. Aus der – unabhängigen - Polizei wird die Grenzpolizei ausgelagert und dem neuen Minister für innere Sicherheit direkt unterstellt. Der gleiche Minister erhält zusätzlich eine Weisungsbefugnis für die Aufnahme von polizeilichen Untersuchungen.

Dem neuen Wohnungsbauminister wurde nachgewiesen, über Jahre Zuwendungen für Schulschubventionen umgeleitet und persönlichen Immobilienbesitz rechtswidrig gebraucht zu haben.

Ein bekennender Mysogynist mit Sitz im Ministerpräsidentenamt wird verantwortlich für die schulergänzenden Förderprogramme.

Der neue Finanzminister erklärt sozialistische wie auch kapitalistische Wirtschaftsformen für abgewirtschaftet und will es mit der ökonomischen Botschaft der fünf Mosebücher versuchen.

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Und über die ganze Palette der scheinbar völlig absurden Postenbesetzungen ist es wie bei der berühmten Katze, die auf die Sahne aufpassen soll. Gemeinsamer Denominator ist eine zweifelhafte persönliche Integrität und der erklärte Haß der Protagonisten auf die „Eliten“ : freie Presse, Menschenrechtsorganisationen und eine (unabhängige) Judikative.

Es dürfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch schwer fallen, eine kohärente Analyse zu den Auswirkungen der jetzt neu eingeschworenen Regierung auf die israelische Innen-

und Außenpolitik anzubieten. Wir können nur versuchen, die gegenwärtige Situation auf Einzelaspekte und vielleicht auch allgemeine Fragen herunterzubrechen :

## **Die zwei Themen der neuen Regierung**

### Rechtsreform und der Prozeß Netanjahu

Auch in der israelischen Öffentlichkeit steht außer Frage, daß das Hauptanliegen für den wiedergewählten Ministerpräsidenten sein laufender Korruptionsprozeß ist. Und es scheint die einzige, zumindest die vordringlichste Aufgabe der neuen Regierung zu sein, Benjamin Netanjahu aus den Fängen der Anklage und der Gerichte zu befreien. Um dies zu erreichen, will die neue Regierung ein Einspruchsrecht bzw. die Kontrolle der Knesset über die Judikative durchsetzen.

Peinlich ist einfach, daß alle um den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Prozeß Netanjahus und den angekündigten Rechtsreformen wissen.

Das grundsätzliche Anliegen, die Gerichte kontrollieren zu können und insbesondere den Obersten Gerichtshof in seiner Autorität zu beschränken, geht allerdings weit zurück und liegt vor dem Beginn des Prozesses Netanjahu. Es ist Ausdruck einer grundsätzlichen Skepsis rechter Parteien gegenüber einer unabhängigen Judikative. Sie basiert auf dem überzeugenden (?) Argument, wieso es einer nicht vom Volk gewählten Judikative erlaubt sein soll, den freien Willen des Volkes zu beschränken, der sich in einer Mehrheit in der Legislative und seiner aus ihr gewählten Regierung manifestiert.

### Jüdische Identität

Zentrales Thema von Rechtspartien vieler westlicher Demokratien ist die Bedrohung einer postulierten nationalen Identität durch äußere Kräfte (Asyl/Immigration) wie auch einen als brüchig beschriebenen Werteverfall im Inneren.

Auch für die neugewählte, rechte Regierung Israels ist das Thema (jüdische) Identität zentral. Ein eigenes Ministerium für „Nationale Aufgaben“ wird jetzt ein Programm für die „Vertiefung jüdischer Identität und der Familienwerte“ entwickeln. Daneben wird es eine weitere Behörde für die Stärkung national jüdischer Identität geben, das von einem stellvertretenden Minister aus dem Büro des Ministerpräsidenten heraus geleitet wird. Um wirklich sicherzugehen, gibt es darüberhinaus auch noch einen stellvertretenden Minister für Jerusalem und Jüdische Tradition. Auch ein Ministerium für „Jüdisches Erbe“ wird sich dem Thema Identität annehmen.

Die Ultra-Religiösen erhalten ein weitreichendes Einspruchsrecht in allen öffentlichen Bereichen und sollen Einfluß auch in das staatlich-säkulare Schulsystem erhalten. Schlechte Zeiten für modere Strömungen in Judentum in Israel.

## **Perspektiven für die neue Regierung**

Netanjahu geht aus den Koalitionsverhandlungen und den jetzt öffentlichen Koalitionsabkommen geschwächt heraus: Er erscheint erpreßbar. Eine Vielzahl der wichtigsten Ministerien und zahllose Zugeständnisse sind an die Koalitionspartner gegangen, während der Likud selbst, obwohl größte Partei, nur vergleichsweise wenige Ministerien und wenig Einfluß behalten hat. Wichtige Likud-Politiker gehen ganz leer aus, die Unzufriedenheit innerhalb der Partei gegenüber Netanjahu ist groß.

Die Koalitionspartner (Nationalreligiöse Partei, Jewish Power, Noam und Ultra-Religiöse) zeigen sich in dem Bewußtsein ihrer Unverzichtbarkeit für die Regierung Netanjahu trunken vor Macht, und es wird sich zeigen, ob es dem Ministerpräsident gelingen wird, „den Tiger zu reiten“. Ein spontaner und als Provokation zu bewertender Besuch seines Ministers für Innere Sicherheit auf dem Tempelberg stimmt weniger hoffnungsvoll. Gegenüber den teilweise absurd erscheinenden Vorstellungen der Koalitionspartner zeigt sich erster Widerstand in der Armeespitze wie auch in Kreisen der israelischen Zivilgesellschaft. Eine erste große Bank erklärte, Einrichtungen, die Menschen aus dem LGBT-Umfeld diskriminieren, finanziell boycottieren zu wollen. Führende Vertreter der israelischen Wirtschaft und des Finanzsektors warnen vor den ökonomischen Konsequenzen der geplanten Schwächung einer unabhängigen Judikative. Noch ist offen, ob und in welcher Weise die administrativen Strukturen innerhalb der verschiedenen Ministerien und der Verwaltung mit dem neuen Geist kooperieren werden – oder vielleicht auch nicht.

Durch die Notwendigkeit, neue Positionen für die Ansprüche der Koalitionspartner zu schaffen, wie auch das persönliche Anliegen Netanjahus, keinerlei Opposition gegen sich entstehen zu lassen, wurden Doppelbesetzungen und Rotationen für eine Reihe von Ministerien festgelegt. Es wird sicherlich interessant zu verfolgen, wie sich etwa der Verteidigungsminister und das Militär mit einem zweiten Minister im gleichen Verteidigungsministerium arrangieren werden.

Die festgesetzten Rotationen unter den Ministern konterkarieren natürlich jede (langfristige) politische und wirtschaftliche Planungshoheit, worauf die ausländischen Märkte und Investoren auf die eine oder andere Weise reagieren werden. Grundsätzlich scheint allerdings ein Zusammenhang zwischen populistischen Regierungen, einem destabilisierten, abhängigen Rechtsapparat und einem wirtschaftlichen Abstieg zu bestehen. Die neue Regierung wird auf jeden Fall zu einer interessanten ökonomischen Herausforderung für „Startup-Nation“.

Mit diesen Parametern erscheint die Regierung Netanjahu nur eingeschränkt regierungsfähig, ist ein frühzeitiges Implodieren der neuen Regierung vorstellbar.

## **Was ist bei diesen Wahlen eigentlich passiert?**

Ergiebiger als ein Spekulieren über die Zukunft der neuen Regierung Netanjahu ist vielleicht die Frage, wie es zu dieser Regierung überhaupt hat kommen können.

Eine traditionelle Aufteilung der Menschen in Israel in „rechts“ oder „links“ gilt schon lange nicht mehr – die Frage nach der Zukunft des Westjordanlandes ist seit vielen Jahren kein Thema der Wahlen in Israel. Die Israelis wählen „für“ oder „gegen“ - Bibi! Auch bei diesen Wahlen haben jeweils rund 50 Prozent der Bevölkerung für bzw. gegen Netanjahu gestimmt, mit nur wenigen tausend Stimmen Vorsprung für das Mitte-Rechtslager. Die vier Stimmen Mehrheit für das Mitte-Rechtslager ergeben sich aus den Stimmen für Parteien, die es nicht in die Knesset geschafft haben.

Interessant ist die allgemeine Bewegung in Richtung Mitte: Nur rund 10 Prozent der jüdischen Israelis haben für eine radikale Rechte gestimmt, 10 Prozent stehen für das ideologische Linkslager und 10 Prozent für die ultra-religiösen Parteien. Die Mehrheit der jüdischen Israelis wählt Mitte.

Wieso gingen jetzt ausreichend viele Wähler das Risiko ein, eine ausgewiesene klerikal-rechte, „nationalistische“ Regierung zu erhalten? Mit ökonomischen und sozialen Folgekosten, wie sie in dieser Form für die meisten sicherlich nicht abschätzbar – oder überhaupt vorstellbar waren:

Das „Anti-Netanjahu Lager“ mit der Regierung Bennett/Lapid hatte sich auf ein grandioses Experiment eingelassen: Eine breite Koalition von mitte-rechts bis ganz links, inklusive der ersten arabischen Partei seit Gründung des Staates. Eine Koalition, die, aus dem Widerstand gegen Netanjahu geboren, es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Schäden aus den letzten Regierungen Netanjahu aufheben und „technokratische“ Reformen einleiten wollte. Was allerdings nur möglich war unter Ausschluß aller Themen, die diese Koalition hätten sprengen können – darunter Fragen zum Thema Zukunft des Westjordanlandes. Diese Regierung wurde durch eine systematische Delegitimierungskampagne seitens der Opposition unter Netanjahu erfolgreich demontiert. Ängste wurden beschworen oder neu kreiert, Verleumdungen und psychischer Terror waren Bestandteil dieser Kampagne. Hochsaison für fake-news.

Die Opposition unter Netanjahu hat einen gnadenlos-grandiosen Wahlkampf geführt: Netanjahu sicherte souverän eine gemeinsame Front des Mitte-Rechts- und des orthodoxen Lagers und dies ohne Rücksicht auf auch nur irgendeine politische Korrektheit. Die von ihm geführte Opposition stand in einer permanenten Angriffshaltung gegenüber der Regierung. Ein trauriger Versuch aus dem Likud, eine Alternative zu Netanjahu zu bilden, wurde brutal unterdrückt. Es gab tägliche Diffamierungen gegenüber der einzigen arabischen Partei in der Regierung, gepaart mit ungedeckten Behauptungen zur Wirtschafts- und Sicherheitslage, es prasselten Schlagworte und Parolen. Die Regierung Bennett/Lapid versuchte, die Anwürfe aus der Opposition zu ignorieren oder tatsächlich ihnen mit Sachargumenten zu begegnen.

Versuchte, nicht aus der Rolle zu fallen und Würde zu bewahren. Gewonnen haben die Demagogen.

Aber es geht tiefer: Die orientalischen Juden, als Neueinwanderer überwiegend in der 50er Jahren des letzten Jahrhunderts eingewandert, wie auch ihre Nachkommen, verstehen sich als religiös-kulturell traditionell und fühlen sich weiterhin nur von der Likud-Partei und seinem kleinen Geschwister, der sephardischen Shas-Partei emotional-politisch repräsentiert - obwohl es dem gleichen Likud auch nach fast 40 Jahren politischer Dominanz nicht gelungen ist, eine wirkliche Verbesserung der Lebenssituation seiner Wähler herbeizuführen, nicht zuletzt aufgrund der Umleitung staatlicher Ressourcen in das Siedlungsprojekt.

Die Regierung Bennett/Lapid war vielen Menschen im Land suspekt. Der Ausschluß der religiösen Parteien und verschiedene „säkulare“ Reformen stellten eine Bedrohung „traditioneller“ Werte dar. Und die erstmalige Beteiligung einer arabischen, „islamistischen“ Partei an einer israelischen Regierung bot eine gelungene Angriffsfläche, um Ängste und anti-arabische Ressentiments innerhalb der jüdisch-israelischen Bevölkerung zu schüren. Bei diesen Wahlen wurde deswegen weniger „für Netanjahu“ gestimmt als vielmehr gegen säkulare Vorstöße des mitte-links Lagers und besonders auch gegen eine für viele schwer zu verdauende arabische Partei.

Eine wichtige Rolle für das Wahlverhalten vieler jüdischer Israelis spielte das Gefühl fehlender persönlicher Sicherheit: Die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Mai 2021, vermehrte Anschläge in den palästinensischen Gebieten wie auch im Kernland Israel selbst saßen und sitzen vielen Menschen in den Knochen. Tägliche Morde in der israelisch-arabischen Gesellschaft, allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit mit einem nicht zu kontrollierender Wohnungsmarkt, eine - gefühlte - Überfremdung durch Asylanten und Migranten aus den afrikanischen Ländern taten das ihre, um eine härtere Gangart in der Politik wünschenswert zu machen: „Zeit für Ben Gvir“ !

### **Skepsis gegenüber Arabern:**

Die Wahrnehmung vieler jüdischer Israelis gegenüber der arabischen Bevölkerung Israels ist ambivalent.

Seit der Staatsgründung stehen die arabischen Parteien unter dem Verdacht, fünfte Kolonne der feindlichen arabischen Welt allgemein, der PLO und nach den Oslo-Verhandlungen der palästinensischen Autonomiebehörde im Besonderen zu sein. Der arabische Politiker Ahmed Tibi war vor seinem Einzug in die Knesset über lange Jahre persönlicher Berater für Jassir Arafat. Und tatsächlich schien es über viele Jahrzehnte weniger das Anliegen der arabischen Delegierten zu sein, sich für die Verbesserung der Lebensumstände ihrer unmittelbaren Wahlbevölkerung im Lande einzusetzen, als vielmehr sich vorrangig für einen palästinensischen Staat zu engagieren. Weder für die eigenen Wähler wie dann auch für die jüdisch-israelische Öffentlichkeit schienen die

arabischen Parteien irgendeine Relevanz für den politischen Alltag zu besitzen. Keine „zionistische“, jüdisch-israelische Regierung war deswegen bereit, eine arabische Partei für eine Koalitionsbildung ins Auge zu fassen, und auch viele arabische Wähler zogen es vor, eine „zionistische“ Partei zu wählen.

Die jetzt erstmalige Einbindung einer arabischen Partei in die Regierung Bennett/Lapid war deswegen ein Unikum, das viele Menschen im Land verunsichert hat, obwohl ihr Vorsitzender Abbas Manssour sich als kluger und weitsichtiger Partner in dieser Regierung erwiesen hat.

Öl aufs Feuer einer solchen Skepsis gegenüber der arabischen Bevölkerung und ihrer politischen Führer war die Gaza-Krise im Mai 2021, bei der es – neben Raketen aus dem Gazastreifen - in den arabisch-jüdisch gemischten Städten und Orten zu schlimmen und beinahe bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen von beiden Seiten gekommen war. Die Vorbehalte sitzen tief. Und damit „Zeit für Ben Gvir“.

### **Versagen der israelischen Linken**

Die israelische Linke hat sich bei den letzten Wahlen verabschiedet. Schon lange war für viele Wähler nicht mehr erkennbar, für welche Werte und Ideen die Linksparteien eigentlich stehen. Gleichzeitig hatten sich viele ihrer traditionellen Wähler davon überzeugen lassen, daß nur eine starke Mittepartei die Antwort gegenüber dem Likud-Block unter Netanjahu sei, um entsprechend „Lapid“ zu wählen, der tatsächlich eine Reihe Mandate dazugewinnen konnte. Die nur als tragisch zu beschreibende Verweigerung der Vorsitzenden der Arbeiterpartei gegenüber einer Listenverbindung führte zu dem Ausscheiden der Meretz Partei aus der Knesset.

### **Versagen der arabischen Israelis**

Auch die arabischen Parteien müssen sich befragen lassen. Nach jahrzehntelanger politischer Irrelevanz und innerarabisch-politischen Grabenkämpfen hatte in der jüngeren Vergangenheit eine gemeinsame Liste es zu eindrucksvollen 15 Abgeordneten für die arabischen Parteien in der Knesset geführt! Bei einer vollen Wahlbeteiligung stünden den arabischen Parteien sogar 24 Mandate zu. Das Glück währte nicht lange, weil die Listenverbindung schnell auseinanderbrach. Die arabischen Parteien sind in der jetzigen Knesset wieder nur mit 10 Abgeordneten vertreten.

Neben der Parteienzersplitterung lag auch die Wahlbeteiligung unter den israelischen Arabern (wieder) mit unter 50 Prozent weit unter demjenigen der jüdischen Wähler: Der fehlende Glaube, daß ihre Stimmen in der israelischen Politik gehört werden bzw. etwas verändern können, daß es für die arabische Bevölkerung auch keine Rolle spielt, ob eine Rechts- oder Mitte-Linksregierung die Politik ausgestaltet hat über die Hälfte der arabischen Wähler zu Hause gehalten.

Vielleicht ist das nachvollziehbar. Problematisch aber trotzdem: Daß eine schwache Wahlbeteiligung der arabischen Israelis das Gewicht der rechten Wählerstimmen stärkt, war ihnen offenbar nicht klar – oder eben egal. Trotz des Fiaskos des jüdisch-israelischen Linkslagers hätten eine höhere Wahlbeteiligung und eine Listenverbindung der arabischen Parteien eine Wiederwahl Netanjahus unmöglich gemacht und damit ihre allgemeine Lebenssituation entscheidend verbessert: Immerhin hatte die Bereitschaft der Islamistischen Partei unter Manssour Abbas, sich in das politische Tagesgeschäft einbinden zu lassen, mit 40 Mrd. Shekel zu dem höchsten Haushaltsposten geführt, der jemals von der Knesset für den israelisch-arabischen Sektor beschlossen worden war.

Der Haushalt der neuen Regierung wird voraussichtlich weniger vorteilhaft für die arabischen Israelis sein...

Die Regierung Bennett/Lapid war – neben einer rechten Aussteigerin – vor allem durch die Prinzipienhaftigkeit von zwei arabischen Abgeordneten gestürzt worden, weil sie das erklärte Ausblenden des israelisch-palästinensischen Konfliktes im Rahmen der Technokratenregierung nicht mit ihren Prinzipien vereinbaren zu können glaubten. Leider ist israelische politische Wirklichkeit kein „alles-oder-nichts“ Spiel als vielmehr oft ein Verhandeln zwischen „weniger“ oder „noch weniger“, ein kompliziertes Aushandeln zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Wenn sich heute arabische Stimmen im Land und internationaler Presse empört oder verärgert darüber äußern, was ihnen durch eine „nationale Regierung“ jetzt bevorsteht, muß das erstaunen: In die politische Verantwortung gewählt versucht diese nur durchzusetzen, was sie schon lange und lange vor den Wahlen offen angekündigt hat. Wenig Raum für Überraschtsein. Vielleicht eher für Selbstvorwürfe.

### **Schwächen des israelischen Regierungssystems:**

Israel hat keine Verfassung. Einziger Bezugspunkt zu Werten und Grundsätzen stellt die Unabhängigkeitserklärung dar, die Grenzen zwischen Judikative, Exekutive und Legislative sind nicht eindeutig geklärt. Gesetze, auch solche, die als Grundgesetze formuliert wurden, können mit einfacher Mehrheit erlassen oder geändert werden. Damit ist die Stellung des Obersten Gerichtshofes gegenüber der Legislative gefährdet: Und tatsächlich ist die neue „nationale“ Regierung mit der klaren Vorgabe in die Wahlen gegangen, eine unabhängige Position des Obersten Gerichtshofes und sein Einspruchsrecht gegenüber der Legislative zu beschränken und ihn der Knesset mit einem sogenannten „Override-Gesetz“ zu unterwerfen. (In der Analogie: Der Bundesgerichtshof schlägt ein Gesetz als verfassungsfeindlich nieder, und der Bundestag erläßt das gleiche Gesetz erneut, ohne daß der BHG weiteres Einspruchsrecht hat. Auch die Wahl der Richter für den Obersten Gerichtshof kann per Gesetz unter die Kontrolle der Knesset bzw. der Regierung gebracht werden.)

Eine weitere Schwäche des israelischen Regierungssystems liegt darin, daß es sektorale Parteien mit eigenen Partikularinteressen ermöglicht. Über ein reines Verhältniswahlrecht sollte bei Staatsbeginn dafür gesorgt werden, daß in der so sehr pluralen israelischen Gesellschaft alle Stimmen gehört und in der Knesset vertreten sein sollten, wodurch Parteien auch ohne eine gesamtgesellschaftliche Agenda ein hohes Einspruchsrecht haben. Nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Volksparteien hat dies zu extremen Verzerrungen geführt: Die religiösen Parteien bedienen ihre Klientele, die Nationalreligiösen versuchen, die Ressourcen des Staates in das Siedlungsprojekt zu lenken. In diesem Sinne hatte der designierte Wohnungsbauminister und Vertreter der ultra-orthodoxen Partei jetzt seinen vorgesehenen Sitz im Sicherheitskabinett zurückgegeben, weil er ausdrücklich keine Gesamtverantwortung für das Handeln der Regierung übernehmen will.

### **Allgemeine Überlegungen**

Wie andere Länder auch steckt Israel in der Autokratenfalle. „*Gib uns einen König*“, verlangt das Volk von seinem Profeten (1.Sam 5). Und der von Netanjahu über viele Jahre aufgebaute Kult um seine Person hat seine Wirkung nicht verfehlt: Es geht nicht ohne König Bibi.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlen erscheint Israel als eine interessante Projektionsfläche für die Frage, die heute weltweit westliche liberale Demokratien bewegt, darunter Deutschland, Schweden, Polen, Ungarn, Schweiz, Italien, Frankreich, Europa allgemein, Brasilien und natürlich die USA: Was machen wir falsch?!

Vielleicht muß hier das offensichtliche Fehlen eines kohärenten Weltbildes als die zentrale Schwäche westlich liberaler Demokratien erinnert werden, die davon geprägt sind, Staat und Störungen durch den Mitmenschen weitestmöglich abzuwehren. Offenbar erfahren sich dabei immer mehr Menschen immer weniger als Teil eines größeren Ganzen und einer befriedigenden Gemeinschaftserfahrung .

Autokraten und rechte Politik bieten sich demgegenüber an als gelebte Vision genau einer solchen Schicksalsgemeinschaft mit verbindenden Zielen, Ausgrenzungen und Feindbildern. Gegenüber einem solchen Angebot bleiben der liberale Kampf um eine europäische Gemeinschaft, um allgemeine Gerechtigkeit, um Klimawandel und den Weltfrieden zu abstrakt und sind einfach zu groß.

Es ist eine historische Erfahrung, daß es offenbar jederzeit möglich ist, liberale demokratische Systeme auszuhebeln, indem durchsetzungsbereite Menschen mit einem überzogenen Glauben an die eigene Person und ihre Berufung Regeln und demokratische Checks & Balances durchbrechen und bestehenden politischen Konsens als Verrat am Volk diffamieren. Es gilt „f’ck the system!“, denn alle wissen um die hedonistische Lebensform von z.B. Berlusconi, Netanjahu oder Trump, und trotzdem wurden und werden sie begeistert gewählt. Hier müssen sich liberale Demokratien





fragen, ob sie es sich leisten können und wollen, „nach den Regeln“ zu spielen, wenn die Gegenseite sich allen Regeln und etabliertem Konsens verweigert. Die Kategorien von politischer Korrektheit und der Begriff der wehrhaften Demokratie müssen hier vielleicht noch einmal neu und weiter gefaßt werden.

Die gleiche historische Erfahrung zeigt allerdings auch, daß es regelmäßig zu dem Absturz autokratischer Systeme und einer Neubesinnung kommt. Schade ist nur einfach die Zeit und der ökonomische Aufwand, die es kostet, die hinterlassenen Scherben aufzukehren oder neu zusammenzuflicken...

Jerusalem, Januar 2023